Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2416&koobi...

Der große Euro-Schwindel

(3.7.2012) Eine sehenswerte Dokumentation, die am Montagabend im Ersten gezeigt wurde, wird für PolitikerInnen in Deutschland und Österreich wohl zu spät kommen. Und auch wenn sie diese zur Kenntnis nehmen, wird sich wahrscheinlich nichts an ihrem Verhalten ändern.

"Der große Euro-Schwindel" berichtet davon, wie die Währungsunion von Anfang an auf Sand gebaut wurde, weil man selbstgegebene Regeln nicht ernst nahm. Die Folgen bezahlen wir alle, unter anderem mit der Auslieferung an ESM und EU-Fiskalpakt. Man müsste eingestehen, dass man einander und die Öffentlichkeit über Jahre hinweg getäuscht hat und mit einer neuen Politik beginnen.

Aber wer von jenen, deren größte Angst Machtverlust ist, wäre dazu imstande? Abseits von Griechenland-Bashing á la "diese faulen GriechInnen" ist ein Thema des Films, wie sich die griechischen Regierungen in den Euro hineinschwindelten. Dabei hatten sie willige Helfer in wirtschaftlich stärkeren EU-Ländern, unter anderem wegen deren Konkurrenz zu Deutschland. Doch auch Deutsche drückten ein Auge zu, um die Währungsunion nicht zu gefährden.

"Alle waren daran beteiligt" ist eine der Feststellungen in der Doku von Michael Wech. Allerdings scheint es eine Angelegenheit von Regierungschefs, Finanzministern und Bankern gewesen zu sein - bewusst in der männlichen Form ausgedrückt. Vor der Einführung des Euro wunderten sich schon manche, dass griechischen Politikern vor allem wichtig war, ob auch griechische Buchstaben auf Euro-Scheinen geplant seien.

Mit den Maastricht-Kriterien des EU-Vertrags (über den die ÖsterreicherInnen in Wahrheit abstimmten, ohne dass die damalige Regierung ihn veröffentlichte) war klar, dass nur Staaten an der Währungsunion teilnehmen dürfen, deren Budgetdefizit 3% des BIP nicht überschreitet und deren Gesamtstaatsschuld maximal 60% des BIP beträgt.

Deutschland wollte zuerst, dass dies auch nach der Einführung des Euro verbunden mit Strafen bei Verstößen gilt, was andere Staaten aber ablehnten. Theo Waigel, früher deutscher Finanzminister, erinnert sich, dass der französische Präsident Jacques Chirac dies als "Werk deutscher Technokraten" bezeichnete. Das wiederum habe Kanzler Helmut Kohl wütend gemacht, denn "so lassen wir uns nicht behandeln".

Jean-Claude Juncker, Premierminister von Luxemburg und lange Chef der Euro-Gruppe, spricht von einem "den Euro in seiner Entstehung bedrohenden Konflikt". Schließlich wurde ein Stabilitätspakt geschaffen, bei dem Politiker entscheiden, wer bestraft wird - "potenzielle Sünder entscheiden über aktuelle Sünder". Auch Deutschland war unsicher, ob es die 3% Defizit einhalten kann. Die Regierung fragte bei der Bundesbank an, ob man die Goldreserven nicht höher bewerten könne.

Ex-Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer erinnert sich, dass man dieses Ansinnen ablehnte. Der Regierung war es so wichtig, dass Finanzminister Waigel per Hubschrauber zum Zentralbankrat eingeflogen wurde, aber auf "geschlossenen Widerstand" traf. Waigel dazu heute: "Mit der Bundesbank soll man sich nicht anlegen."

1997 ging es bei einem Rat der EU-Finanzminister darum, welche Staaten wahrscheinlich nicht an der Währungsunion teilnehmen können. Portugal, Spanien und Italien hatten zu hohe Schulden, doch Frankreich drohte mit Blockade, wenn Italien nicht dabei ist. Eine Achse Frankreich-Italien wurde als Gegengewicht zu Deutschland verstanden.

Wolfgang Schäuble, der gegenwärtige deutsche Finanzminister, spricht davon, dass es auf EU-Ebene nie 100%ige Lösungen gäbe. Die Alternative dazu, nicht alles genau umzusetzen, ist immer, dass nichts geschieht. Damals wollte Kohl den Euro um jeden Preis, so

- Die Männer-Riesenpleite...
- Grundsätzliches zum Grundeinkommen...
- 8 Thesen zum Grundeinkommen...
- Das Frauenbeschäftigungspaket von Frauenministerin Bures...
- ÖBB- und Asfinag-Aufsichtsrat = Männersache...
- Die Arbeitsmarktsituation in Österreich...
- Blick der Wirtschaftskammer auf die Konjunktur...
- Die Einstellung der Bevölkerung zur Privatisierung...
- Armut und Diskriminierung sind weiblich...
- Einkommensunterschiede: StadtrÃ¤tin Frauenberger vs. WK-Chef Leitl...
- (20.7.) Zivilgesellschaft gegen Spekulation mit Steuergeld...
- Clean Clothes zu den Arbeitsbedingungen bei IKEA...
- Frauenministerin für Sanktion bei ungleichen Einkommen...
- "Best of Business": Reine MÃ¤nnerwirtschaft...
- (20.7.) Beatrix Karl ist Ã–AAB-GeneralsekretÃ¤rin...
- Der Würgegriff von Ratingagenturen und IWF...
- 3.8. "PraktikantIn gesucht!" Studie Ã¼ber Angebote in Ã–sterreich...
- Minisicherung oder: Das Leben der anderen...
- Arbeiterkammer: Banken-Abzocke in der Krise...
- Bezahlen Frauen die MÃ¤nnerkrise?...
- Diskriminierte Managerinnen...
- Frauenarbeit in der Krise - GesprÃ¤ch mit Dwora Stein (GPA)...
- Wirtschaftskammer: Männer in Pflegeberufe...
- Darf nur die Post zur Polizei?...
- Soll der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen geöffnet werden?...
- Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes...
- Wirtschaft für die Menschen statt für den Profit...
- Frauen und Geld: Martina EschelmÃ¼ller-Futschik "TopFit for Money"...
- Kleinunternehmerinnen, Kindergeld und Krise...
- "Klassenkampf" um die Mindestsicherung...
- Diskussion "Wie gerecht ist unser Sozialsystem?"...
- Die grenzenlose Gier der Manager nach Bonuszahlungen...
- Kein guter Gender Gap Report fÃ¼r Ã–sterreich...
- Josef Pröll sucht den Superpraktikanten...
- Für das Grundeinkommen: Die "Krönungswelle" erreicht die Wiener Uni...
- Volkskrankheit soziale Unterschiede...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2416&koobi...

sehr, dass er bereit war, Regeln über Bord zu werfen. Die Bundesbank erstellte ein Gutachten, das bewertete, ob der Euro angesichts der hohen Defizite von Ländern wie Italien oder Belgien eingeführt werden kann.

Politisch stand aber fest, dass diese Staaten dabei sind, wie sich Beteiligte erinnern. Waigel sagt heute, dass die Politiker Griechenlands keine Anstalten machten, dabei zu sein, es gab auch keinen Antrag. Doch das änderte sich dann, und plötzlich wollte Griechenland dabei sein. Waigel wettete 1996 beim Finanzminister in Verona mit seinem griechischen Amtskollegen Yannos Papantoniou, dass dieses Land den Euro nicht einführen wird.

"Ich konnte mir gar nicht vorstellen, dass Griechenland mit seinen Zahlen in absehbarer Zeit Mitglied werden würde." Aber Papantoniou bleibt bei seiner Forderung nach griechischen Buchstaben auf den Banknoten und schlägt Waigel eine Wette vor: Griechenland werde den Euro bekommen.

Die Euro-Zone als eine Art Fitneßklub betrachtet, obwohl alle, die Mitglieder sind, nur fit beitreten können - so wird die Einstellung griechischer Politiker im Nachhinein charakterisiert. Zwei Jahre nach der Wette erfüllt Griechenland aber die Maastricht-Kriterien.

Otmar Issing, Chef-Ökonom der Europäischen Zentralbank, erklärt, wie man damals reagierte: "Sie sitzen vor den Zahlen und denken sich 'Mein Gott, wie haben die das geschafft?'"
Freilich dachte man hinter verschlossenen Türen etwa in der Bundesbank, dass der Beitritt Griechenlands zum Euro nach wie vor sehr riskant ist.

Der Bundesbanker Hans Reckers war aber der einzige, der diese Bedenken auch öffentlich bei einer Pressekonferenz artikulierte. Dies jedoch zu einem Zeitpunkt, als Hans Eichel neuer Finanzminister war und sich beim Bundesbankpräsidenten über Reckers beschwerte. "Unzuständige" sollen nicht an die Öffentlichkeit gehen, hieß es.

Griechenland gibt mehr pro Kopf fürs Militär aus als jedes andere Land in der EU. Man verbuchte die Bezahlung für Anschaffungen nun einfach erst bei Lieferung. Zudem bereitete das griechische Statistikamt den Antrag auf Beitritt zum Euro vor und verwendete dazu Daten aus dem ganzen Land. Dank sehr rückständiger Bürokratie war vieles nicht erfaßt, Daten wurden etwa im Finanzministerium von Hand eingegeben.

Es war, so die "Zeitzeugen", nicht annähernd das, was man in Deutschland unter Statistik versteht und auch keine unabhängige Erhebung. Nun berechnete also das Statistikamt das Defizit, welches wunderbarerweise fällt, sodass die Kriterien erfüllt werden. Eurostat wiederum erfasst die aus den Mitgliedsländern gemeldeten Daten nur, ohne Befugnisse zu haben, diese auch zu kontrollieren. Denn dies wäre Einmischung in die Souveränität von Mitgliedsstaaten gewesen.

Die Daten wurden dann von der EZB analysiert, die als Gutachter fungierte anhand vorgegebener Kriterien. Der deutsche Finanzminister Eichel entnahm dem EZB-Papier, dass Griechenland "auf dem richtigen Weg" sei, obwohl dieser Satz nirgendwo vorkommt. Die EZB hätte natürlich direkt abraten müssen, dann wäre Griechenland nicht aufgenommen worden.

Und die Regierungen müssen bei ihren Entscheidungen die Maastricht-Kriterien berücksichtigen, sind jedoch nicht an sie gebunden. Griechenland hatte statt 60% des BIP 104% Gesamtstaatsschuld - offenbar auch das kein Hinderungsgrund, etwa angesichts der noch höheren Verschuldung von Belgien. Als Bundesbanker Hans Recker eine Verschiebung des Euro-Beitrittes Griechenlands fordert, fällt der Kurs der Drachme, der griechische Finanzminister ruft den deutschen an, dieser wiederum den Chef der Bundesbank, der Recker doch den Mund verbieten solle.

2001 wurde beschlossen, dass Griechenland beim Start des Euro 2002 dabei sein wird. Man war der Ansicht, es spiele keine Rolle, wenn ein schwaches Land in der Währungsunion ist, und "die Griechen werden sich jetzt anstrengen". Stattdessen ließen sie 2,8 Milliarden € Schulden mithilfe von Goldman Sachs verschwinden. Dieses "Aufhübschen der öffentlichen Haushalte" praktizieren auch andere, es ist nicht illegal, man verkauft Schuldscheine. Mit Swap-Geschäften ließ auch Deutschland sein Budget besser aussehen, als es in Wirklichkeit war.

Die Griechen verbuchten nun die Einnahmen des Athener Flughafens der kommenden Jahre im Budget, was bei Experten sofort die Frage aufwarf, ob dann in den nächsten Jahren die Einnahmen einiger späterer Jahre ins Budget aufgenommen werden. Deutschland stand wegen seines hohen Defizits auch eine Abmahnung der EU-Kommission ins Haus, aber Finanzminister Eichel intervenierte erfolgreich.

- ÖVP-Transferkonto soll "Schwache" stigmatisieren...
- Geringe Nachfrage nach einkommensabhÃ¤ngigem Kindergeld...
- Warum Frauen manches (angeblich) besser kÃ¶nnen...
- Wollen Frauen wenig verdienen?...
- Neue Initiative zu Frauen in FÃ¼hrungspositionen...
- Kampf für eine Finanztransaktionssteuer...
- Unternehmerinnen in Wien...
- Die Einkommenstransparenz kommt...
- Was bringt die Einkommenstransparenz?...
- Kundgebung für eine Sozialmilliarde...
- Frauen sind mit geringerem Einkommen zufrieden...
- Werben für mehr Väter in Karenz...
- Unternehmen und Krisenmanagement...
- Eine Keule für Christine Marek!...
- Besser Lohndumping als 1300 Euro Mindestlohn?...
- Von Väterkarenz und Rabenmüttern...
- Wikileaks: Frankreich und die Wirtschaftsspionage...
- Wikileaks: Lobbying für Boeing gegen Airbus...
- Software zeigt Einkommens-Diskriminierung...
- Einkommenstransparenz mit Strafen für ArbeitnehmerInnen...
- Die Angst des BZÖ vor Gleichbehandlung...
- Seniorenbund fordert gleiches Pensionsalter für Frauen...
- Ja wo sind denn die Aufsichtsrätinnen?...
- Frauenquoten auch im ländlichen Raum gefordert...
- Aufsichtsräte: mehr Qualität, aber keine Frauenquoten...
- Kampf gegen Frauenquoten...
- Oft unterbezahlt: deutsche Tierärztinnen...
- Weniger weibliche Führungskräfte...
- Fairer Kaffeespot mit George Clooney...
- Unterwegs im Korruptionssumpf...
- Kampagne "Spielsachen fair machen!"...
- Standard & Poor's versus EU-Staaten...
- Attac zum EU-Gipfel...
- Disput über den EU-Fiskalpakt...
- Pressestunde mit dem Bundeskanzler...
- Nur keine Panik: Erste Bank zum Rating für Österreich...
- Attac zum Rating für Österreich...
- Frauen wirtschaften erfolgreicher...
- Zum Internationalen Frauentag: Frauen und Geld...
- Finanzmarktpolitik und Gender...
- Offener Brief von Attac zum Fiskalpakt...
- Was Social Banking bewirken kann...
- Franz-Josef Huainigg und der andere 1. Mai...
- Arbeitsmarkt auch für AsylwerberInnen...
- SPÖ sabotiert eigene Forderungen...
- Rote Karte für adidas...
- Mailaktion zum EU-Fiskalpakt...
- Steuergerechtigkeits-Volksbegehren im Wahlkampf...
- ESM ohne

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2416&koobi...

Es war gerade Wahlkampf, das Thema daher auch ärgerlich und störend für Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute lieferten, was Eichel hören wollte. So konnte man die Veröffentlichung der Wahrheit bis nach der Wahl hinauszögern - und siehe da, das deutsche Defizit betrug nicht 3,4% des BIP, sondern 3,9%.

Griechenland erreichte mit den Manipulationen hingegen, dass sich zwar die Schulden offiziell nach unten entwickelten, die Zinsen jedoch nach oben schnellten. Das Risiko wendete sich gegen Griechenland, der Gewinner war Goldman Sachs mit 500 Millionen $.

Die Finanzindustrie ist dem von Staaten beschlossenen Regelwerk immer voraus, weil sie stets neue Schlupflöcher entdeckt, so eine Erkenntnis von Wechs Gesprächspartnern. Auch der deutsche Finanzminister machte davon Gebrauch, indem er Einnahmen in die Zukunft verlagerte und Schulden am Markt verkaufte. Als Minister hätte er eigentlich Steuern erhöhen oder Kredite aufnehmen müssen, was dem Staat billiger gekommen wäre, aber derlei war politisch nicht durchsetzbar, sagt Eichel.

Nur die EU-Kommission kann tätig werden, wenn Staaten die Maastricht-Kriterien verletzen. Als Deutschland und Frankreich Defizitverfahren ins Haus standen, setzte sich Kanzler Schröder zur Wehr. Denn wenn man der Krise hinterherspare, verschärfe man sie damit nur. Das mag richtig sein, ist aber etwas, das die Staats- und Regierungschefs von vornherein, als der EU-Vertrag verhandelt wurde, bedenken hätten müssen.

Somit schmiedete Schröder Allianzen gegen den Stabilitätspakt - als Regierungschef jenes Landes, das einst auf dessen Einführung bestand. Als er eine Mehrheit gegen den Pakt organisierte, wollten gerade zehn neue Staaten der EU beitreten. Deren Finanzminister sagten, sie seien komplett desavouiert gegenüber dem eigenen Kabinett und der Bevölkerung. Denn Deutschland und Frankreich machen klar: die Regeln sind nicht für uns selbst, sondern nur für die "Kleinen".

2003 bekam Eurostat mit dem Belgier Michael van den Abeele einen neuen Chef, der die griechischen Zahlen nochmal untersuchte. Dabei traten Zweifel auf, sodass Fragebögen nach Griechenland geschickt wurden. Aus den Antworten ergaben sich aber noch mehr Zweifel, und Beamte von Eurostat suchten das griechische Statistikamt selbst auf. Sie stellten fest, dass es eine Reihe von Ungereimheiten und regelrechte Verschleierung gab.

Sie wunderten sich, dass der Militärhaushalt nun als "geheim" erklärt wurde, denn es ist "einmalig", dass Militärausgaben getrennt vom Gesamtbudget geführt werden. 2004 überraschte Griechenland dann mit einer neuen Buchungsmethode: Zahlen wurden in die Vergangenheit verschoben, d.h. auf den Zeitpunkt der Bestellung von Geräten.

Für die Statistiker und die Finanzexperten war klar: da will jemand Schulden zu Einnahmen machen. Außerdem wurden nicht vorhandene Daten willkürlich eingesetzt. Teile der griechischen öffentlichen Verwaltung waren überhaupt nicht seitens der Regierung erfasst, etwa das Gesundheitssystem und seine Kosten.

Und heute? Sollen die Parlamente der EU-Staaten ESM und EU-Fiskalpakt absegnen, die scheinbar jene Krise beseitigen, die durch "Betrug und Selbstbetrug" (Zitat Das Erste) in der Startphase des Euro mitverursacht wurde. In Österreich wurde übrigens gerade vor der Abstimmung über den Beitritt zur EU heftig getäuscht und beschönigt. Bei einem Budgetdefizit von 5,6% wurde so getan, als seien die Konvergenzkriterien kein Problem.

Der Bevölkerung wurde der "Ederer-Tausender" als persönliches Plus in der Geldbörse nach dem Beitritt versprochen, damals noch in Schilling gerechnet. Tatsächlich kamen Sparpakete, weil das Budgetdefizit zu hoch war, was vorher tunlichst bestritten wurde. Der EU-Vertrag wurde dem Volk stets vorenthalten, was in Zeiten vor der Verbreitung des Internet noch eine große Hürde darstellte. Die meisten Abgeordneten waren von ihren Parteien nur auszugsweise mit dem Vertragswerk vertraut gemacht worden und daher auch erstaunt, dass allen Ernstes eine Währungsunion vorgesehen ist....

Infos:
Der große Euro-Schwindel
Attac (nochmals) an Fischer zu EU-Fiskalpakt
Verfassungsklage gegen ESM angestrebt
ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer (einfach online unterstützen)
Gerhard Köfer, eine rote Stimme gegen den ESM
Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition? (Grüne und BZÖ dafür, FPÖ zögert)
Solidarität mit Sonja Ablinger: Weil sie als einzige in der roten Parlamentsfraktion gegen den Fiskalpakt stimmte, wird Sonja

Durchführungsbestimmungen...
Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt...
Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt...
ESM: Grüne brüskieren ihre Basis...
Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten...
Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt...
Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition?...
ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer...
Verfassungsklage gegen ESM angestrebt...
Attac an Fischer zu EU-Fiskalpakt...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag
Internetclipping erstellt am 10.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2416&koobi...

Ablinger unter Druck gesetzt. Der Aufruf, den jede/r auch mit Kommentar unterstützen kann, trägt den Titel "Die 57. Stimme".
Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt
Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten: Attac und die ErstunterzeichnerInnen von "Unser Europa" wenden sich in einem offenen Brief an Bundespräsident Heinz Fischer. Sie fordern ihn auf, den EU-Fiskalpakt nicht zu unterschreiben.
ESM: Grüne brüskieren ihre Basis (ignorieren Bundeskongressbeschluss zum ESM)
Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt: Das Marie Jahoha - Otto Bauer Institut in Linz wendet sich in einem offenen Brief an die sozialdemokratischen Abgeordneten.
Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt: Attac appelliert per Presseaussendung an die Abgeordneten und an die Öffentlichkeit: Regierung riskiert Verfassungskrise – ESM und Fiskalpakt übertragen „Modell Griechenland" auf ganz Europa
Fiskalpakt: roter Aufstand abgesagt: Bei der Abstimmung über den EU-Fiskalpakt, wird sich der "Aufstand der SPÖ" darauf beschränken, dass Sonja Ablinger (OÖ) ein Nein artikuliert.
Die Grünen und die Regierung - Grüne ermöglichen Verfassungsmehrheit für ESM
ESM ohne Durchführungsbestimmungen - diese werden den österreichischen Abgeordneten vorenthalten

****

Alexandra Bader
alexandra@ceiberweiber.at

Zur Zukunft von Ceiberweiber

Gefällt mir
Registrieren, um sehen zu können, was deinen Freunden gefällt.

Tweet

Mein Feedback-Beitrag zu diesem Artikel

WEITERLEITEN DRUCKEN

Home | Impressum | Kontakt | Forum | Downloads | Links |Archiv 1998-2006 |

Neuwagen und Gebrauchtwagenbörse

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag
Internetclipping erstellt am 10.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at